


gesamt 19.2.2020

Staatsanwaltschaft München I



Staatsanwaltschaft München I,
80097 München

01 3C4D 7040 2C A000 0FB5
DV 02.20 0,80 Deutsche Post 



*34958*714*18*000251*

Herrn

Christian Alessio Davide Herzog

Buschingstraße 18

81677 München

Frau Staatsanwältin Stadler

Telefon: 089/5597-5188

Telefax: 089/5597-4131

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Akten - / Geschäftszeichen

272 Js 105858/20

ebe
Datum

14. Februar 2020

Ermittlungsverfahren gegen Isabel Carolin Schlüpmann

Stefan Franck

wegen Betruges

Sehr geehrter Herr Herzog,

in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 07.02.2020 folgende Entscheidung getroffen:

Das Ermittlungsverfahren wird gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Gründe:

Den Beschuldigten liegt zur Last, den Anzeigerstatter vor Gründung der ASC Asien Sport Center GmbH im Rahmen der Errichtung der Gesellschaft über die Geschäftsanteile (u.a.) getäuscht zu haben.

Das Verfahren war gemäß § 170 Abs. 2 StPO aus tatsächlichen Gründen einzustellen, da ein Tatnachweis eines Betrugsvorsatzes nicht mit der für eine Anklageerhebung notwendigen Sicherheit zu führen ist. Demnach erfordert die Erhebung der öffentlichen Klage einen hinreichenden Tatverdacht, der dann gegeben ist, wenn nach dem Abschluss der Ermittlungen bei vorläufiger Bewertung der Tat eine Verurteilung des Beschuldigten wahrscheinlich ist. Dies ist vorliegend nicht der Fall.

Der Geschädigte gibt an, dass er von der Beschuldigten Schluepmann gebeten worden sei, die Kampfsportschule in deren Nähe zu eröffnen und dies habe ihm ihre finanzielle Unterstützung zu-

Hausanschrift
Linprunstr. 25
80335 München

Haltestelle
Haltestelle Stiglmaierplatz
U1,U7;Trambahn 20,21

Geschäftszeiten
Mo-Fr: 8:00 Uhr - 12:00 Uhr

Kommunikation
Telefon: 089/5597-07
Telefax: 089/5597-4131

000251
Blatt 01 von 02



gesichert. Sie habe dem Anzeigerstatter gegenüber erklärt, nicht unbedingt Anteile haben zu wollen. Der Anzeigerstatter sei gegen die Gründung der GmbH gewesen und habe sich lediglich aufgrund der Zusage der Beschuldigten Schluepmann, dass sie ihn in dieser Hinsicht beraten würde, mit der Gründung einer GmbH einverstanden erklärt.

Der Anzeigerstatter, die Beschuldigten Schluepmann und der Beschuldigte Frack hätten anschließend die ASC Asien Sport Center GmbH gegründet, wobei jeder Gesellschafter einen Anteil von einem Drittel (1/3) erhielt. Aus Sicht des Anzeigerstatters sei die Beratung der Beschuldigten Schluepmann fehlerhaft und lückenhaft gewesen. Nach Gründung der GmbH sei der Anzeigerstatter von den Beschuldigten in allen Bereichen überstimmt worden. Er habe er nach Kontaktaufnahme mit der GEW am 11.10.2019 erfahren, dass ihm die Schule nur mit einem Anteil von einem Drittel gehöre.

Nach Vortrag des Anzeigerstatters lässt sich ein Tatnachweis einer Täuschung und eines Betrugsvorsatzes nicht erbringen. Aus der Urkunde Nummer 10317/19 zur Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung durch Frau Notarin Eleonore Traugott ergibt sich, dass die Errichtung der Gesellschaft am 25.01.2019 in Anwesenheit aller Gesellschafter erfolgte. Die Urkunde wurde nach Vorlesen der Urkunde samt Anlage von allen anwesenden Beteiligten, unter anderem auch vom Anzeigerstatter unterzeichnet. Der Anzeigerstatter hatte somit zum Zeitpunkt der Errichtung Kenntnis von der Gesellschaftsform, der Anteilsverhältnisse sowie dem Inhalt des der GmbH zugrundeliegenden Gesellschaftsvertrags.

Ausweislich des Inhalts des Gesellschaftsvertrags kann somit der Tatnachweis einer Täuschung oder eines Betrugsvorsatzes der Beschuldigten nicht erbracht werden.

Aus § 4 des Gesellschaftsvertrags ergeben sich die Anteilsverhältnisse der Gesellschafter, wobei für jeden Gesellschafter (Schluepmann, Franck sowie Herzog) mit je 8.500 Geschäftsanteilen ein Geschäftsanteil von einem Drittel vertraglich festgelegt wurde. Dem Anzeigerstatter waren die Anteilsverhältnisse an der Gesellschaft somit zum Zeitpunkt der Errichtung bewusst, sodass -auch in Hinblick auf eine behauptete fehlerhafte oder lückenhafte Beratung durch die Beschuldigte Schluepmann- keine nachweisliche Täuschung der Beschuldigten vorliegt.

Selbiges ergibt sich in Bezug auf den Vortrag, dass der Anzeigerstatter nach Errichtung in allen Punkten überstimmt worden sei. Ausweislich § 6 Abs. 2 des Gesellschaftervertrages erklärte sich der Anzeigerstatter durch Unterschrift bei Errichtung damit einverstanden, dass Gesellschafterbeschlüsse mit einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst werden.

Nach alledem lässt sich der für eine Anklageerhebung erforderliche Tatnachweis einer Täuschung nicht führen. Andere objektive Beweismittel sind derzeit nicht vorhanden. Unter diesen Umständen ist für die Erhebung der öffentlichen Klage kein Raum.

Zivilrechtliche Ansprüche werden durch diese Entscheidung nicht berührt.

Informationen über die Rechte von Verletzten und Geschädigten in Strafverfahren sind im Internet abrufbar unter <http://www.justiz.bayern.de/service/opferschutz/rechte-geschaedigter> (mit Übersetzungen in verschiedene Sprachen).

Beschwerdebelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 2 Wochen nach Zugang Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft München erheben.

Die Beschwerde kann innerhalb dieser Frist auch bei der Staatsanwaltschaft München I eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stadler
Staatsanwältin

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

